

Berlin, 27. Oktober 2011

Die Pressestelle der CDU Deutschlands teilt mit:

Bundesausschuss kritisiert Pläne zur EU-Agrarreform

Unter der Leitung des Parlamentarischen Staatssekretärs Peter Bleser hat sich der Bundesausschuss Ernährung, Landwirtschaft und Verbraucherschutz der CDU Deutschlands bei seiner jüngsten Sitzung mit der Gemeinsamen Agrarpolitik der EU befasst. Der Bundesausschuss hält die am 12. Oktober 2011 vorgelegten Legislativvorschläge der EU-Kommission für weitgehend ungeeignet zur Weiterentwicklung einer marktkonformen, nachhaltigen und wettbewerbsfähigen Agrarpolitik. „Wir erkennen keinen Abbau, sondern Aufbau von Bürokratie“, kritisierte Bleser angesichts des 700 Seiten umfassenden Detailkonzepts. Damit erreiche man weder Akzeptanz bei den Landwirten noch bei den Bürgern. Die EU-Agrarpolitik müsse jeder verstehen können, so Bleser.

Besonders kritisch beurteilt der Bundesausschuss geplante Flächenstilllegungen. Diese seien eine Maßnahme zur Eindämmung der Überproduktion gewesen. In Zeiten, in denen Nahrungsmittel und umweltfreundliche Energie weltweit knapp sind, seien sie jedoch völlig fehl am Platz: „Angesichts der Welternährungslage fehlt dafür jede moralische Legitimation“, betonte der Ausschussvorsitzende. Er verwies auf die Stellungnahme des Bundesausschusses zur EU-Agrarreform vom 15. April 2011: „Ausgewogene Verteilung der Agrarmittel, Erhalt der Zwei-Säulen-Struktur mit jeweils klarem Auftrag und klarer Abgrenzung, Förderung von Agrarumweltmaßnahmen über die zweite Säule, effizientes Sicherheitsnetz für Krisen und Vereinfachung der Agrarpolitik sind nach wie vor die richtige Richtschnur für die Verhandlungen.“

Ein weiteres Thema des Bundesausschusses waren die landwirtschaftliche Tierhaltung und der Tierschutz. „Gesellschaftliche Erwartungen und Tierhaltungen müssen in Deutschland wieder in Einklang gebracht werden“, unterstrich Bleser und kündigte für Frühjahr 2012 ein Positionspapier des Bundesausschusses an. Die Privilegierung von Tierhaltungsanlagen im Außenbereich und die Entwicklungsmöglichkeiten für landwirtschaftliche Betriebe müssten erhalten bleiben. Allerdings müsse Tierhaltung Domäne der Landwirtschaft bleiben, so Bleser, einen großflächigen Einstieg von Kapitalinvestoren und Finanzfonds in eine industrielle Tierproduktion lehne man ab.

Mehr zum Thema

Den Beschluss vom 15. April 2011 finden Sie hier: <http://www.cdu.de/doc/pdfc/110415-Positionspapier-GAP-Reform.pdf>